

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

19.1.1890 (No. 18)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 19. Januar.

№ 18.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Nachstämlicher Theil.

Karlsruhe, den 18. Januar.

Bei den bisherigen Versuchen zur Lösung der spanischen Kabinettskrise stand die Person des bisherigen Ministerpräsidenten Sagasta im Vordergrund. Noch vorgestern sollen die Marjchälle Jovellar und Martinez Campos bei ihrer Unterredung mit der Königin-Regentin derselben gerathen haben, Sagasta mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen. Nach einer uns heute zugegangenen Depesche aus Madrid erscheint die Situation verändert. Diese Depesche meldet, die Königin habe den Kammerpräsidenten Alonso Martinez mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut und Martinez habe diesen Auftrag mit der Absicht angenommen, ein Ministerium der Versöhnung zu bilden. Bei dieser neuesten Wendung in der spanischen Kabinettskrise bleibt also Sagasta persönlich außer Betracht; nur mit den Anhängern Sagasta's müßte Alonso Martinez rechnen und das Gelingen dieser neuesten Kombination wird wesentlich davon abhängen, ob Martinez sein ministerielles Programm mit den Forderungen der Partei Sagasta's in Einklang zu bringen weiß. Die Angabe der oben erwähnten Depesche, Martinez wolle ein Ministerium der Versöhnung bilden, läßt darauf schließen, daß derselbe die liberale Mehrheit und die abgefallenen Elemente der liberalen Mehrheit zur Unterstützung der Regierung heranziehen will. Daß Sagasta sich nicht von neuem einem Versuche zur Rekonstruktion seines Ministeriums unterziehen wollte, ist begreiflich, nachdem sowohl seine Bemühungen zu einer Verständigung mit Gamagos' schützpallnerischen Anhängern und den Demokraten des Lopez Dominguez, wie die Versöhnung mit Romero Robledo, Martos und Cassola erfolglos geblieben waren. Nach dem Fehlschlagen dieser beiden Kombinationen war, da die Berufung eines konservativen Ministeriums mit Canovas del Castillo zur Zeit nicht in Frage kommt, der Rücktritt Sagasta's und die Bildung eines liberalen Kabinetts unter Alonso Martinez die einzige sich darbietende Möglichkeit. Sollte es Martinez nicht gelingen, ein Kabinet zu Stande zu bringen, so würde die Lage sich allerdings in bedenklicher Weise komplizieren.

In Rußland steht schon seit längerer Zeit die Frage der Neubewaffnung des Heeres auf der Tagesordnung. In den letzten Tagen ist man der Lösung dieser Frage um einen Schritt näher gekommen: auf allerhöchsten Befehl sind, um die erforderlichen Maßnahmen zur erfolgreichen Neubewaffnung der Armee zu beschließen, zwei Kommissionen eingesetzt worden. In der einen soll der Kriegsminister und General der Infanterie Wamowski, in der anderen der General der Artillerie L. Sofiano, der Adjunkt des Generalfeldzeugmeisters Großfürsten Michael Nicolajewitsch, den Vorsitz führen.

Das Weißbuch über Ostafrika.

Die gestern von uns gegebenen Auszüge aus dem neuesten Weißbuche über Ostafrika bezogen sich auf das Vorgehen gegen den Rebellenchef Bana Heri. Wir schließen an dieselbe nachstehend die Wiedergabe der beiden in dem Weißbuche enthaltenen Aktenstücke über Emin Pascha's Ankunft in Nywaywa. Lieutenant Schmidt berichtet aus Nywaywa am 10. November an den Major Wismann:

Die Ankunft Emin Pascha's und Stanley's ist heute früh erfolgt. Die Karawane besteht aus Stanley mit Lieutenant Stairs, Dr. Jephson, Kapitän Nelson, Dr. Parke, Dr. Bonny und dem deutschen Diener Stanley's, Hofmann, aus Emin mit mehreren ägyptischen Offizieren, einigen Türken und einem Griechen Martz, ferner aus Cafati und endlich zwei Missionaren des Kardinals Lavignerie, von denen der eine Frauose, der andere, Namens Schinge, Rheinländer ist.

Emin hat sich über Euer Hochwohlgeborenen Briefe unaussprechlich gefreut. Stanley war sehr liebenswürdig und äußerte sich erfreut über die Fortschritte, welche wir hier gemacht haben. Die Boniamwesi-Karawane, welche der Expedition begegnet ist, hat Allen durch ihre militärische Begrüßung und die deutschen Broden, mit denen sie meldete, daß die Araber in Bagamoyo „kaput“ seien, viel Vergnügen gemacht. Ueber die Einrichtung der hiesigen Station und die Auswahl des Platzes für dieselbe sind Alle des Todes voll.

Emin und Stanley waren heute zum Mittag bei mir, nachher besuchten mich Emin und Schinge. Wir hatten verabredet, einen deutschen Abend zu machen, und sind schon recht vertraut mit einander geworden. Die Engländer kommen morgen. Dr. Parke war schon nach Tisch bei mir.

Emin hat alle seine Stationen aufgegeben, da ihm aus Ägypten der strikte Befehl zur Rückkehr gegeben war. Seine Leute, welche noch 297 Personen zählen, bestanden, abgesehen von einigem Dienstpersonal, fast nur aus Weibern und Kindern. Die Soldaten haben sich geweigert, ihm zu folgen, und schon aus diesem Grunde ist es unmöglich gewesen, wie Stanley wohl gewünscht hätte, die Karawane durch die englische Interessensphäre auf Rom-

baßa marschieren zu lassen. Aus Mangel an Trägern hat Emin auch seine Eisenbahnrollen zurücklassen müssen. Dieselben sind theilweise zuverlässigen Häuptlingen zur Aufbewahrung übergeben, theilweise sind sie in den Fluß versenkt.

Emin ist von lebhaftem Interesse für die deutschen Unternehmungen erfüllt. Er wird Euer Hochwohlgeborenen sehr dankbar sein, wenn Sie ihm gestatten, die in unseren Händen befindlichen Kartenpläne zu besichtigen. Ich glaube, daß er in manchen Beziehungen, namentlich was Truppenanwerbungen angeht, gute Rathschläge zu geben vermag.

Stanley ist von Emin als Führer der Expedition anerkannt. Der Mutan-Naija, welchen er, wenn ich nicht irre, Albert Edward Rote getauft hat, ist von der Expedition nur berührt worden. Dagegen hat Stanley zwischen hier und jenem See Wichtiges erforscht, und namentlich einen bisher nicht bekannten See entdeckt. Zu Usukuma (Nera) hat die Expedition Kämpfe zu bestehen gehabt und dabei eine Kinderheerde erbeutet.

Stanley freut sich sehr, Euer Hochwohlgeborenen zu sehen, und sagte folgende bei seinen ersten Worten, er habe unter den Eingeborenen weithin von Nywaywa schon viel vom Afli sin Aschera (Ihr Name bei den Eingeborenen) gehört. Ihr Anerbieten wegen Benutzung der Dampfer wurde dankbar begrüßt. Was den Weitermarsch nach der Küste betrifft, so habe ich Stanley zu der Simbabwe-Route gerathen, er ist aber vorläufig mehr für den Weg über Mambosia eingenommen; die Entscheidung soll bis morgen erfolgen.

Am darauf folgenden Tage, also am 11. November richtete Emin Pascha an den Major Wismann folgendes Schreiben:

Hochverehrter Herr! Wohl nicht leicht hätte es eine fröhlichere Ueberraschung für mich geben können, als bei meinem Wiedereintritt in civilisirte Länder gerade von Ihnen, dem berühmten Forscher, zuerst begrüßt zu werden. Ich nehme dies als ein glückliches Omen für meine weiteren Pläne und würde mich jedenfalls freuen, wenn ich das großartige Unternehmen, an dessen Spitze Sie stehen, durch meine Erfahrungen wenigstens einigermaßen fördern könnte. Den Inhalt Ihrer freundlichen Briefe sowie Ihre Empfehlungen an Herrn Stanley habe ich diesem sofort mitgeteilt und er hat mich erludt, Ihnen mit seinem Danke die Versicherung zu geben, daß er sich freue, eine früher Bekanntschaft mit Ihnen zu erneuern. Ich meinerseits brauche Ihnen kaum zu sagen, daß ich mit Ungeduld den Augenblick erwarte, Ihnen meinen besten Dank für Ihre Liebenswürdigkeit und für die mir in dieser Station gewordene herzliche Aufnahme zu sagen.

Wir sind gestern hier angelangt und dürsten morgen oder übermorgen wieder abmarschieren, so daß, wenn nicht unvorhergesehene Umstände uns verzögern, wir ungefähr den 5. oder 6. Dezember an der Küste eintreffen wollen. Ueber unsere Reise berichte ich Ihnen dann persönlich.

Zu meinem Leidwesen habe ich hier Herrn v. Medem schwer krank angetroffen, hoffe jedoch, daß nun unter entsprechender Behandlung er sich bessern dürfte. Die kleine Station ist prächtig und Herr Lieutenant Schmidt der liebenswürdigste und beste Wirth. Können Sie wohl den Eindruck sich vorstellen, den es auf mich machte, mich seit 15 Jahren zum erstenmale unter deutscher Flagge zu finden?

Hoffentlich haben Sie gute Nachrichten von Dr. Peters, es sollte mir leid thun, sollte ihm auf der Suche nach mir Beides zustoßen.

Der Courier soll sofort abgehen und ich verpasse mir demnach alles Weitere auf unsere persönliche Begegnung. Nochmals also tausend Dank für alle Ihre Güte, die Bitte, mich Ihren Offizieren zu empfehlen und die Hoffnung, Sie bald zu sehen. — Ihr aufrichtig ergebener gez. Emin.

Ueber die späteren Ereignisse, den Marsch Emin's nach Bagamoyo und den bedauerlichen Unfall, der hier unserem berühmten Landsmann zustieß, enthält die neueste dem Reichstage vorgelegte Aktenammlung noch keine Aufschlüsse; es ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß ein Theil der Berichte mit einem andern Postdampfer als ein vorliegendes befördert worden und noch nicht in Berlin eingetroffen ist.

Deutschland.

* Berlin, 17. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing heute Nachmittag das Präsidium des Herrenhauses, welches die Konstituierung des Hauses meldete und sein Beileid über den Tod der Kaiserin Augusta ausdrückte.

Dem Magistrat und den Stadtverordneten von Berlin ist nachfolgendes Dankschreiben Seiner Majestät des Kaisers als Antwort auf die Beileidsadresse der städtischen Behörden anläßlich des Todes der Kaiserin Augusta zugegangen:

Durch den Heimgang Meiner geliebten Großmutter, der Kaiserin und Königin Augusta Majestät, wiederum in tiefer Trauer verlegt, hat es Meinem niedergebundenen Herzen wohlgethan, aus den zahlreichen und mannigfaltigen Beweisen aufrichtiger Theilnahme zu erkennen, wie mit Mir das gesammte Vaterland schwer trät an dem schmerzlichen Verluste, den Gottes unerforschlicher Rathschluß Mir und Meinem Hause auferlegt hat. Auch der Magistrat und die Stadtverordneten Meiner Hauptstadt und Residenzstadt haben Veranlassung genommen, Mir in warmen und zu Herzen gehenden Worten inniges Beileid zum Ausdruck zu bringen. Ich bin überzeugt davon, daß der edeln Für-

stin, welche nur zu bald dem geliebten Gatten, dem unvergesslichen Heldenkaiser Wilhelm, in die Ewigkeit gefolgt ist, angesichts der zahlreichen Denkmäler ihrer unermüdblichen werththätigen Liebe für die leidende und hilfsbedürftige Menschheit wie im ganzen Lande so besonders in den Herzen der treuen Bürgerschaft Berlins für alle Zeiten ein dankbares Andenken bewahrt werden wird. In diesem Bewußtsein spreche Ich dem Magistrat und den Stadtverordneten Meinen herzlichsten Dank aus. Möge Gottes Segen auf den von der hohen Entschlafenen in's Leben gerufenen Veranstaltungen christlicher Nächstenliebe auch ferner ruhen! Möge das hehre Vorbild Viele zur Nachahmung anspornen! Berlin, den 15. Januar 1890. gez. Wilhelm.

Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtet, hat sich Staatssekretär Graf Bismarck gestern Nachmittag auf einen Tag nach Friedrichsruh begeben.

Der „Post“ zufolge verlautet, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck neuerdings Veranlassung genommen habe, seine Verfügung vom 2. Dezember 1881 in Erinnerung zu bringen, welche der Unsitte der unlesbaren Unterschriften zu steuern suchte.

Der Reichstagsabgeordnete Geh. Kommerzienrath Ziegler ist gestorben. Ziegler vertrat im Reichstage den 1. Anhaltischen Wahlkreis (Dessau) und gehörte der nationalliberalen Partei an.

Emin Pascha, welcher von der philosophischen Fakultät der Universität Königsberg zum Ehrendoktor ernannt worden ist, dankte telegraphisch für diese Auszeichnung.

Dem Bundesrath ist ein Nachtragsetz für 1890/91 zugegangen, welcher die Summe von 187 000 M. für den Umbau eines Seitenflügels sowie andere bauliche Einrichtungen im Auswärtigen Amte verlangt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Jan. Aus Pest wird berichtet, daß der ungarische Ministerpräsident Tisza an der Influenza erkrankt ist; sein Befinden ist ein befriedigendes, der Verlauf der Krankheit normal, doch muß der Minister auf den Rath des Professors Lumnitzer das Zimmer hüten, so daß er voraussichtlich in den nächsten acht Tagen den Reichstagsverhandlungen nicht beiwohnen kann.

Die hier geführten Ausgleichsverhandlungen zwischen deutschböhmischen und tschechischen Vertrauensmännern werden, wie man annimmt, morgen zu Ende kommen (sie hatten am 4. Januar begonnen). In den letzten Tagen haben sich die Erwartungen auf ein befriedigendes Resultat der Verhandlungen wesentlich verstärkt. Ein Telegramm der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ berichtet darüber: „Die deutschen Delegirten haben vollständig ihre Forderungen gewahrt. Die befriedigende Lösung des kritischen Punktes der Konferenz, Abänderung der Sprachenverordnung und Regelung des Sprachenverkehrs bei den Gerichten, erfolgte durch Eingriff des Justizministers Grafen Schönborn, und, wie verlautet, tangirt der Vorschlag der Regierung den Standpunkt der deutschen Delegirten fast gar nicht. Die Publikation der Verhandlungsprotokolle der Konferenz wird wahrscheinlich erst in einem späteren Zeitpunkt erfolgen.“ Von anderer Seite wird zu dem Ergebnisse der Ausgleichsverhandlungen geschrieben: „Trotz der Geheimhaltung der Verhandlungen ist doch einiges durchgesickert, worauf sich die in allen Kreisen getheilte Meinung stützt, daß über verschiedene Fragen eine Verständigung erzielt wurde. Nur glauben wir, daß man darin noch nicht das Zustandekommen des Ausgleiches, sondern nur die Gewinnung der Grundlagen zu einem solchen wird erblicken können. Mehrere Angelegenheiten können allerdings im Verwaltungswege erledigt werden, wie z. B. die Zweitheilung des Landeskulturathes, Verfügungen betr. der Gerichte u. dgl. mehr. Allein eine Reihe anderer Fragen, wie z. B. die Errichtung einer neuen Handelskammer, bezüglich welcher die Deutschen den tschechischen Wünschen unter der Voraussetzung, daß die Zahl der Landtags- und Reichsrathsabgeordneten hierdurch nicht vermehrt werde, zugestimmt haben, ferner die auf die Lösung der Sprachenfrage bezüglichen Neuerungen werden durch Gesetze festgestellt werden müssen, die der Erledigung seitens des Landtages oder des Reichsrathes bedürfen. Die Ausgleichsberatungen können also, sofern über diese Angelegenheiten eine Verständigung erzielt worden, der Regierung nur als Richtschnur für die Ausarbeitung von Vorlagen dienen, auf deren Annahme sie, weil diese sich eben auf die Ausgleichsberatungen zu stützen haben werden, rechnen kann. So dürfte denn die eigentliche Schaffung des Ausgleiches, falls er zuwege gebracht wird, dem böhmischen Landtage und zum Theil wahrscheinlich auch dem Reichsrathe zufallen.“

Italien.

Rom, 17. Jan. Seine Majestät der König beabsichtigt, sich heute Abend zu seinem erkrankten Bruder, dem Prinzen Amadeus, Herzog von Aosta, nach Turin zu begeben. (Einem gestern Abend ausgegebenen

Bulletin zufolge leidet der Herzog von Aosta an einer Entzündung des rechten Lungenflügels. Das Fieber ist mäßig; es liegen keinerlei Komplikationen vor.)

Frankreich.

Paris, 17. Jan. Vom Kriegsministerium ist bestimmt worden, daß in diesem Jahre das 1. Armeecorps (mit dem Siege des Generalkommandos in Lille, unter dem Befehle des Divisionsgenerals Jamous) und das 11. Armeecorps (Generalkommando in Amiens, Divisionsgeneral de Coles) gegen einander mandrieren sollen. Die oberste Leitung der Übungen wird der General Villot führen. Bei den Herbstübungen mehrerer Corps soll das rauchlose Pulver in Anwendung kommen.

Belgien.

Brüssel, 17. Jan. Die Deputiertenkammer hat heute beschlossen, den von Janson (dem liberalen Abgeordneten für Brüssel) eingebrachten Gesetzentwurf über die staatliche Regelung der Bergwerksverhältnisse in Erwägung zu ziehen. (Der Entwurf, welcher von den Vertretern der Arbeiterschaft ausdrücklich gebilligt wird, enthält die folgenden Bestimmungen: 1. Die Arbeitszeit in sämtlichen Bergwerken wird verhältnismäßig auf die Dauer von zwei Jahren vom Zeitpunkte der Verkündung dieses Gesetzes auf 10 Stunden täglich festgesetzt. 2. Die Grubenbesitzer, Bergwerksleiter und Aufseher, welche diese Bestimmung wissentlich verletzen, erleiden eine Geldstrafe bis 2000 Francs. 3. Im Ministerium des Innern wird eine besondere Sektion für die Arbeitsverhältnisse geschaffen, welche sich mit allen zwischen Kapital und Arbeit schwebenden Fragen zu beschäftigen hat. 4. Diese Sektion hat sich mit allen Behörden, Einigungsämtern, Arbeitervereinen in Verbindung zu setzen, um ihre Berichte entgegenzunehmen. 5. Die Sektion ist beauftragt, innerhalb 18 Monaten nach Verkündung des Gesetzes den Kammern einen vollständigen Bericht über die Wirkungen des 10stündigen Arbeitstages in den Bergwerken und über die Wirkung der im Auslande geltenden Arbeitsschutzgesetzgebung zu unterbreiten. Es dürfte übrigens darauf hinzuweisen sein, daß der Beschluß der Kammer, die verlangte Dringlichkeit für den Antrag zu bewilligen, noch keineswegs einen Schluß auf die Annahme des Antrags zuläßt.)

Großbritannien.

London, 18. Jan. (Tel.) Die Beisetzung des Feldmarschalls Lord Napier of Magdala erfolgt am Dienstag in der Paulskathedrale. Die Leiche Lord Napiers wird neben der Gruft des Herzogs von Wellington beigesetzt werden.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 17. Jan. Seine Majestät der König eröffnete heute den Reichstag. Die vom König verlesene Thronrede kündigt die Aenderung des Strafgesetzes, die Fortsetzung der 1885 begonnenen Vervollständigung des Armeewesens, eine Arbeiterunfallversicherung und die Fortsetzung des Baues der Nordbahn an.

Rumänien.

Bukarest, 17. Jan. Wir nahmen gestern Notiz von einer Meldung der „Independance Roumaine“, welche dahin lautete, der rumänische Ministerrath werde sich demnächst mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn bezüglich der Herstellung eines definitiven Handelsvertrags beschäftigen. Zu dieser Meldung schreibt das Wiener „Fremdenblatt“:

„Wiewohl in hiesigen (Wiener) maßgebenden Kreisen über das Werthvolle dieser Meldung noch nichts bekannt ist, wollen wir die Möglichkeit der Abfertigung des rumänischen Ministerrathes nicht von vornherein anzweifeln und sie, wenn sich dieselbe bekunnen sollte, als einen Fortschritt in den handelspolitischen Anschauungen der rumänischen Regierung freudig begrüßen. Wir können es sogar vom rumänischen Standpunkte aus ganz gut begreifen, daß, wenn man sich dort mit der Wiederaufnahme geregelter handelspolitischer Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn ernstlich beschäftigen sollte, selbst die Frage des Abschlusses eines Tarifvertrages in Erwägung gezogen werden könnte. Gerade darum, weil im Jahre 1891 alle rumänischen Verträge ablaufen, dürfte die rumänische Regierung vor Allem über diese Zeit hinaus, also auf mehrere Jahre das Verhältnis zu dem nächsten Nachbar stabil geordnet haben wollen und die Ordnung der handelspolitischen Beziehungen zu anderen Staaten jenem allomodioren. Daß von unserer Seite der lebhafteste Wunsch besteht, den jetzigen vertragslosen Zustand gegenüber Rumänien zu befestigen, ist so oft und bei so vielen Gelegenheiten wiederholt worden, daß hierüber kaum mehr etwas zu sagen erübrigt. Nichtsdestoweniger stehen der Realisirung dieses Wunsches nabezu unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege, einmal der bekannte Gegensatz zwischen den rumänischen Industriehäuptlingen und den realen Bedürfnissen unserer Industrie, dann aber auch die Thatsache, daß die so lange dauernde Situation des Zollkrieges, hier wie in Rumänien, die Bedingungen eines Vertragsverhältnisses bedeutend verändert und hiermit auch die Geneigtheit, in ein Vertragsverhältnis einzutreten, wesentlich alterirt hat. Man hat sich hier in den zwei Jahren in die jetzige Lage eingewöhnt und über manches Vergangene einen Strich gemacht, und auch in Rumänien hat seit Beginn des Zollkrieges die Viehproduktion, namentlich die Schweinezucht, so bedeutend abgenommen, daß ein Vertrag im Interesse dieses Exportes nicht mehr so wünschenswerth erscheinen könnte. Wie gesagt, hier besteht gewiß die Bereitwilligkeit, in Vertragsverhandlungen mit Rumänien einzutreten, und man darf auf die Entschlüsse des rumänischen Ministerrathes begierig sein, die — man darf dies wohl annehmen — in positiven Anträgen gipfeln müßten.“

Bulgarien.

Sofia, 16. Okt. Der „Pol. Kor.“ gehen von hier Mittheilungen über den Verlauf der Neujahrsfestlichkeiten an bulgarischen Hofe zu. Denselben ist zu entnehmen, daß Ministerpräsident Stambouloff in seiner Ansprache an den Prinzen Ferdinand den Unterschied zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit Bulgariens betonte. Während früher, wo Bulgarien in beständigen

und geregelt Verkehre mit den anderen Staaten stand, das Land unruhig, von Parteihader zerrissen war und jedes materiellen Aufschwunges entbehrte, sei jetzt, wo der Prinz allein das Heft in der Hand habe, die materielle Entwicklung so groß wie nie, durchbringe das Volk das Gefühl der Sicherheit und des hoffnungsvollen Vertrauens in die Zukunft und gebe ihm Kraft zum Vorwärtsschreiten; mit einem Worte, die Nation sei zufrieden. Prinz Ferdinand erwiderte auf diese Ansprache, indem er dem Ministerium für die loyale und treue Mitwirkung danke, die es dem Staatsoberhaupt angebeihen ließ, und für die Dienste, die es dem Vaterlande darbrachte. Bulgarien könne sich eines großen Fortschritts rühmen, der den Verdiensten der Minister und Beamten, dem Patriotismus und der lobenswerthen Klugheit aller Söhne Bulgariens zu danken sei. Prinz Ferdinand betonte ferner, daß die Hauptaufgabe des neuen Jahres auf die materielle Entwicklung des Landes gerichtet sein müsse, wobei sehr viel von der Verbreitung der nützlichen Kenntnisse zur Verbesserung der kulturellen Entwicklung des Landes und der Industrie, sowie der anderen Faktoren der volkswirtschaftlichen Existenz abhängen. Die Rede des Prinzen Ferdinand fand bei allen Anwesenden Beifall und hat auch in den weiteren Kreisen der Hauptstadt den besten Eindruck hervorgerufen. Am Schluß des Empfanges brachte namens des Offiziercorps der Stadtkommandant von Sofia, Oberst Rissoff, seine Glückwünsche dar, wobei er die Treue und Ergebenheit der Armee an die Person des Kriegsherrn hervorhob, worauf Prinz Ferdinand erwiderte, daß er überzeugt sei, daß die Lehrer der bulgarischen Armee dem Geiste derselben dahin ausbilden werden, daß der bulgarische Krieger sich stets als der Verteidiger der Freiheit und Unabhängigkeit des Landes und als unwandelbar feste Stütze der Krone bewähren werde.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 18. Jan. 12. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstisch: Ministerialdirektor im Großh. Ministerium der Finanzen Fehr. v. Teuffel; später Staatsminister Dr. Turban, Finanzminister Dr. Ellstätter, Präsident des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geheimrath Dr. Kott, Ministerialrath Seubert.

Nach Eröffnung der Sitzung um 9 Uhr 15 Min. bringt das Sekretariat folgende neue Einläufe zur Kenntniß des Hauses:

1. Bitte der nichtbürgerlichen Einwohner der Stadt Triberg um Gewährung des Gemeinewahlrechts; übergeben von dem Abg. Köppler.
2. Desgleichen von Hornberg; übergeben von dem Abg. Köppler.
3. Desgleichen von Stetten, Amt Lörzach; übergeben von dem Abg. Vogelbach.
4. Desgleichen von Offenburg; übergeben von dem Abg. Muser.
5. Desgleichen von St. Georgen, Stausen, Emmendingen, Singen, Gengenbach, Waldshut.
6. Bitte einer großen Anzahl Einwohner der Stadt Heidelberg, die Abänderung der Städteordnung bezüglich der Aufbringung des ungedeckten Gemeindeaufwands, sowie ferner die Abänderung des Kirchensteuergesetzes betr.; übergeben von den Abgg. Blum und Wildens.
7. Bitte des Vorstandes der Handelsgenossenschaft Konstanz im gleichen Betreff.
8. Bitte des Kreis Ausschusses Freiburg um Erhöhung des Staatsbeitrags zur Unterhaltung der Kreisstraßen, sowie um Einstellung dieses Beitrages in das ordentliche Budget.
9. Bitte des Kreis Ausschusses Offenburg im gleichen Betreff.
10. Bitte des Stadtraths in Freiburg, die Fortsetzung der Höllenthalbahn von Neustadt nach Donaueschingen betr.; übergeben von dem Abg. Pfister.
11. Bitte der Handelskammer in Freiburg im gleichen Betreff.
12. Bitte der Gemeinden Hügelsheim, Zinken und Zungen um Errichtung einer Personenhaltestelle in Hügelsheim; übergeben von dem Abg. Planzenhorn.
13. Bitte des Vorstandes des Demokratischen Vereins in Mannheim, die Abschaffung des indirekten Wahlsystems betr.
14. Bitte des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins in Leipzig, die Ermöglichung des Zutritts der Frauen zum ärztlichen und wissenschaftlichen Lehrberufe durch Freigabe und Beförderung der dahin einschlagenden Studien, ferner die Freigabe des Studiums der Medizin an den Landesuniversitäten für Frauen resp. deren Zulassung zu den erforderlichen Eintritts- und Abgangsprüfungen und endlich die Freigabe auch derjenigen Studien, durch welche die Männer die Befähigung zum wissenschaftlichen Lehramte erlangen, für die Frauen betr.
15. Bitte der Frau Hauptlehrer Franz Xaver Schumacher Witwe in Offenburg und Genossen um Erhöhung des Witwengehalts.

Dem Vorschlage des Präsidenten gemäß werden die unter Ziffer 10, 11 und 12 aufgeführten Petitionen der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, die übrigen dagegen der Petitionskommission überwiesen.

Der Präsident gibt hierauf bekannt:

1. Ein Schreiben des Abg. Krafft, welcher mit Rücksicht auf sein Mandat als Mitglied des Reichstags um Urlaub bis zum Schluß der Reichstagsession bittet. (Dem Gesuche wird entsprochen.)

2. Ein Schreiben des Präsidenten des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, worin derselbe sich von der nächsten Woche ab zur Beantwortung

der von den Abg. von Buol und Genossen eingebrachten Interpellation betr. die Einführung religiöser Orden im Großherzogthum bereit erklärt.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein und erledigt den ersten Gegenstand derselben, die Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte des Demokratischen Vereins in Mannheim, die Herabsetzung der Liegenschaftsaccise betr.

Berichterstatter ist der Abg. Klein-Weinheim. An der Debatte beteiligten sich ferner die Abg. Geldreich, Muser, v. Stoesser, Kiefer, Kirchenbauer, Fieser, Friederich und von Seiten der Großh. Regierung Ministerialdirektor v. Teuffel. Sämtliche Redner, mit Ausnahme des Abg. Muser, welcher für die Petition eintritt, erklärten sich mit dem Antrage der Kommission, welcher auf Uebergang zur Tagesordnung lautete, einverstanden. In der hierauf folgenden Abstimmung wird der Kommissionsantrag einstimmig angenommen. Der Abgeordnete Muser, der für einen von ihm angeforderten Antrag auf eine Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Kenntniznahme keine Unterstützung im Hause gefunden, hatte sich vor der Abstimmung entfernt. Ausführlicher Bericht über diese Berathung wird nachfolgen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des von dem Abg. Friederich erstatteten Berichts der Budgetkommission über die in den Jahren 1888 und 1889 ertheilten Administrativkredite.

Der Berichterstatter bemerkt einleitend, die Großh. Regierung sei bei Erwirkung der Administrativkredite den Vorschriften in Artikel 12 des Staatsgesetzes nachgekommen. Die Gesamtsomme der Kredite aus den Jahren 1888/89 erreichte zwar eine Höhe, wie dies sonst nicht der Fall gewesen; sie betrage 1 635 500 M. Bei sorgfältiger Prüfung habe sich aber ergeben, daß die Ertheilung der Administrativkredite gerechtfertigt gewesen sei und daß dieselben mit einer Ausnahme zu genehmigen seien. Redner geht sodann an der Hand des im Druck vorliegenden Kommissionsberichts auf die einzelnen Positionen kurz ein, in der Hoffnung, dadurch vielleicht eine längere Diskussion abzukürzen.

Von den unter der Rubrik A. Allgemeine Staatsverwaltung aufgeführten Administrativkrediten betrifft Ziffer 1 (60 000 M.) die Mitgabe und Ausstattung Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Marie von Baden anlässlich ihrer Vermählung mit Seiner Hoheit dem Erbprinzen von Anhalt. Diese Aufwendung beruht auf dem Napanengesetz. Die Ueberschreitung des für den Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Bretten bewilligten Betrags um 10 500 M. (Ziffer 2) ist verursacht durch die Verzögerung der Bauarbeiten; die Erwirkung eines Administrativkredits war unvermeidlich, um diese nicht still stehen zu lassen. Mit Rücksicht auf die rasch fortschreitenden Arbeiten an dem Neubau eines Physikalisch-Physiologischen Instituts für die Universität Freiburg (Ziffer 3) war zu der Fortführung hier ebenfalls die Erwirkung eines Administrativkredits in Höhe von 60 000 Mark nothwendig geworden.

Hinsichtlich der beabsichtigten Verlegung der Murgthalstraße zwischen Hilpersau und Gernsbach, für welche bereits in dem Budget der Wasser- und Straßenbauverwaltung für 1886/87 und bezw. 1888/89 die Mittel vorgesehen waren, hat sich in Folge der nothwendig gewordenen Abänderung des ursprünglichen Projekts die bewilligte Bausumme als unzureichend erwiesen. Die Erwirkung eines Administrativkredits in Höhe von 23 000 M. (Ziff. 4) vor Beginn des Baues wird als gerechtfertigt anerkannt, da der Landtag die Verlegung der Straße genehmigt hatte. Die Ausführung des Unternehmens hat aber eine Verzögerung erfahren, da inzwischen ein Gehuch um Konzessionirung einer Privatstraßenbahn auf dem rechten Murgufer bei der Großh. Regierung eingelaufen ist. Unter diesen Umständen wird von der Kommission die Nothwendigkeit der fraglichen Kredites beantragt, da eine (nunmehr eingekommene) neue Vorlage zu erfolgen hat.

Die Administrativkredite von 10 000 M. und bezw. 142 000 M. für den Anschluß der zollarischen Gebäude in Mannheim an die städtische Wasserleitung (Ziff. 5) sowie für den Wiederaufbau des abgebrannten Salinengebäudes in Rappanaun und Erbauung eines Feinsalzfiedehauses (Ziff. 6) werden nicht beantragt.

Von den unter der Rubrik B. Ausgeschiedene Verwaltungszweige aufgeführten Positionen beziehen sich die beiden ersten (Ziff. 7 u. 8) auf die Erweiterung der Geleisanlagen im Fruchtbahnhof und am Rheinvorland in Mannheim, sowie auf Station Karlsruhe, Mühlburger Thor. Mit Rücksicht auf die bei Aufstellung des letzten Budgets erfolgten Abstreichungen erschien es nicht angängig, die für die gedachten Zwecke aufgewendeten Summen von 14 000 M. und bezw. 15 800 M. auf die Mittel der Bezirksverwaltung zu verrechnen. Der Aufwand von 900 000 M. für die Anschaffung von 300 offenen Güterwagen für die badische Eisenbahnverwaltung (Ziff. 9) ist bestimmt, einem wiederholt zu Tage getretenen Nothstand abzuhelfen; da die Betriebsverwaltung schon während mehrerer Jahre genöthigt war, von französischen und österreichischen Transportanstalten Eisenbahnwaggons miethweise sich zu verschaffen. Die Bewilligung eines Administrativkredits von 400 000 M. (Ziff. 10) war nothwendig, um die Differenz zwischen der für den Ankauf der Wiesenthalbahn (Basel-Schoepheim) bewilligten Budgetsumme und dem nachträglich festgestellten Kaufpreise auszugleichen.

Bei Aufruf der einzelnen Positionen durch den Präsidenten ergreift zu Ziff. 2 das Wort der

Abg. Köppler, welcher, anknüpfend an eine Bemerkung des Kommissionsberichts über den Bau des Amtsgerichtsgebäudes in Bretten erklärt, daß die verzögerte Bauausführung f. Zt. in Bretten, allgemein aufgefalle

sei und daß die Ueberschreitung des Voranschlags nicht von dieser Verzögerung, sondern von der nachträglich vorgenommenen Abänderung des ersten Planes, der für ungeeignet befunden worden sei, herrühre. Es sei eine alte Erfahrung, daß bei der Abänderung des Planes während des Bauens ein Haus immer theurer zu stehen komme. Man würde aber nirgends ein solches Haus, wie das Amtsgerichtsgebäude in Bretten, das indessen einfach gehalten sei, zu gleich billigem Preise herstellen. Im Uebrigen dankt Redner der Großh. Regierung für die Ausführung dieses Baues.

Bei Ziffer 4 (Murgthalstraße) spricht der Abg. Belzer der Großh. Regierung seinen Dank aus für die Vorlage des Projekts über Weiterführung der Murgthalbahn.

Zu den übrigen Positionen wird von keiner Seite eine Bemerkung gemacht und hierauf der Antrag der Budgetkommission, welcher auf Grund des Statutgesetzes Artikel 12 Abs. 2 dahin geht,

die im Laufe der Budgetperiode 1888/89 verwilligten Administrativkredite ausschließlich des unter Ministerium des Innern, Ziffer 4, enthaltenen Credits von 23 000 Mark in der Summe von 1 612 500 M. zu genehmigen, angenommen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr Mittags.

* Karlsruhe, 18. Jan. 13. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 20. Januar, Vormittags 10 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Müller u. Gen. wegen Handhabung des Sozialistengesetzes.

Die an Seine Königliche Hoheit den Großherzog anlässlich des Hinscheidens Ihrer Majestät der Deutschen Kaiserin Königin Augusta von der Ersten Kammer beschlossene Adresse hat folgenden Inhalt:

Durchlauchtigster Großherzog!
Gnädigster Fürst und Herr!

In erster Zeit ein neuer ernster Mahn- und Bedrueß an das deutsche Volk! Zum Satten die Gattin, zum Sohne die Mutter, des neuen Reiches erste Kaiserin zu den Kaiserlichen Schöpfen seiner Herrlichkeit für die ewige Ruhe gebettet, aber auch mit ihnen fortlebend im preizenden Angeben des dankbaren Volkes und gleich ihnen weiter segensvoll wirkend von Generation zu Generation durch die Werke, die ihrer Lebensarbeit unsterbliche Frucht! Wie groß, um Großes zu kämpfen, wie große Thaten, durch Größe im Dulden zu überstrahlen, wie groß, zu streiten wider Anderer Leid und Noth — das ist der Beispiele Wilhelms des Siegreichen, Friedrichs des Dulders und Augustas der Barmherzigen föhlich unvergängliches Vermächtniß an Deutschland. Entspringen aber ist ihr unzertrennbar hehres Lebenswert der gleichen Wurzel: Pflicht und Liebe.

Pflicht und Liebe! zu dem Wahlspruch hat auch Badens erlauchtes Fürstenpaar nicht nur seit jeher sich bekannt; um so treuer hat es ihm nachgelebt, je lastender des Kreuzes Wucht geworden, den er ihm aufgebürdet. Mit jedem neuen Schicksalschlage, der es trifft, werden aber eben darum auch um so ungreifbarer die Bande, mit denen es sein Volk an sich bindet. In dem Schlußwort „Liebe“ gipfelte der Gruß, den Eure Königliche Hoheit jüngst bei festlichem Mahle den Ständen entboten. Und „Liebe!“ tönt es aus der Herzen Tiefe um so mächtiger wieder, je mehr auch im Leiden unser leuchtend Vorbild worden, die allzeit uns in allem Anderen geführt, das gut und groß.

Gereuen Eure Königliche Hoheit und die Frau Großherzogin, der edlen Mutter schwerstgeprüfte Tochter dieses Zeugniss gnädig entgegenzunehmen, zu dessen ehrsüchtvoller Ablegung die Erste Kammer das schmerzliche Recht in ihrer getreuesten Hingebung findet.

Die von der Zweiten Kammer beschlossene Adresse an Seine Königliche Hoheit den Großherzog hat folgenden Wortlaut:

Durchlauchtigster Großherzog!
Gnädigster Fürst und Herr!

Mit tiefstem Schmerze hat uns die Trauerbotschaft erfüllt, daß die erlauchete Witve Kaiser Wilhelms, die erste Deutsche Kaiserin, aus dem Leben geschieden ist. Wir theilen diesen Schmerz mit dem ganzen Deutschen Reiche, das die verewigte hohe Frau als die treue Gattin des erhabenen Gründers des Deutschen Reichs, als die in Werken der Wohlthätigkeit nie ermüdende edle Fürstin, als die liebende Mutter des durch hohe Thaten und durch hohen Geist gleich bewährten und der deutschen Nation in so schmerzlicher Weise entrissenen Sohnes und der nicht minder gezeigten Tochter aus ganzem Herzen verehrt hat. Aber kein deutsches Land kann die Trauer um die Dingeschiedene tiefer empfinden, als unser Heimatland Baden, denn diese Tochter der Kaiserin Augusta ist die erlauchete Gemahlin Eurer Königlichen Hoheit, unsere vielgeliebte Großherzogin Luise, und unser theures, erst vor kurzer Zeit so schwer geprüftes Fürstenhaus ist abermals in tiefste Trauer versetzt. Das ganze Land Baden nimmt den innigen Antheil an diesem neuen schweren Leide, welches der Verlust der ihweuen Mutter den liebenden Herzen der Tochter und ihrem hohen Gemahl, Eurer Königlichen Hoheit selbst, auferlegt. Dieser Antheil ist um so schmerzlicher, da es dem Lande Baden vergönnt war, die erlauchete Kaiserin Augusta so viele Jahre hindurch stets längere Zeit in seiner Mitte verweilen zu sehen, und volle Gelegenheit fand, die hohen Tugenden der erhabenen Kaiserin zu bewundern, und reichen Antheil an den Werken der Liebe und Wohlthätigkeit zu nehmen, deren Uebung dem edlen Herzen der Hingeschiedenen eine so theure Aufgabe war. Darum widmet das Land Baden mit den aufrichtigsten Gefühlen der

ersten Trauer der hohen Verewigten zugleich ein gesegnetes und dankbares Andenken, das unerlöschlich mit dem Namen der ersten Deutschen Kaiserin verbunden bleiben wird.

Möge die göttliche Vorsehung Eurer Königlichen Hoheit und Höchstbero erlauchter Gemahlin, unserer allverehrten Großherzogin Luise, Kraft und Trost in diesen Tagen der Trübsal verleihen. Ein langes, reichsgeglücktes, segenvolles Leben ist erloschen, aber sein Segen wirkt fort, auch über das Grab hinaus, und ruht gewißlich auf den Häuptern der Lieben, die es zurückgelassen. Das walte Gott!

Verstchiedenes.

* Paris, 17. Jan. (Ein Mitglied der „Großen Armee“) ist in den letzten Tagen infolge einer aus vernachlässigter Influenza entstandenen Lungenentzündung gestorben. Es ist dies der am 19. September 1789 zu Etain geborene Veteran Nicolas Louis Brével. Der alte Brével hatte als Offizier im 8. Voltigeurregiment die Feldzüge von 1810 bis 1815 mitgemacht. Er besaß das Kreuz der Ehrenlegion und die Helena-Medaille. Seinen 100. Geburtstag hatte er noch in voller körperlicher Frische gefeiert.

W. Grog, 17. Jan. (Die Gräfin Gartenau), Gemahlin des früheren Fürsten Alexander von Bulgarien, ist heute Nacht von einem Kraben entbunden worden.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 18. Jan. Der Reichstag beendete heute die zweite Etatberatung unter Annahme des Statutgesetzes, wobei Abg. v. Bennigsen es als eine Aufgabe des nächsten Reichstages bezeichnet, zu prüfen, ob große Ausgaben nicht auf den ordentlichen Etat zu übernehmen seien.

Abg. v. Huene begründete darauf seinen Antrag betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen. Abg. v. Kleist-Regow längnete, daß ein Bedürfnis zur Abänderung der Wehrpflicht für protestantische Theologen bestehe. Gneccerus nannte den Antrag eine Beeinträchtigung der allgemeinen Wehrpflicht. Der Militärdienst sei eine Schule des Charakters; dieser Schule dürfe man den Geistlichen nicht entziehen, übrigens wünschen dies die Geistlichen selbst nicht. Nobbe hat nichts gegen eine Beschränkung des Antrags auf die katholischen Geistlichen einzuwenden. Schließlich wurde der Antrag Huene mit 121 gegen 89 Stimmen abgelehnt, dagegen wurden Anträge auf Aenderung der Wehrpflicht der katholischen Theologen nach den Vorschlägen der Abgg. v. Kleist-Regow und v. Kardorff angenommen. Der Antrag Windhorst wegen Aufhebung des Expatrirungsgesetzes wurde in dritter Lesung angenommen.

Berlin, 18. Jan. Die Budgetkommission des Reichstags nahm die parlamentarische Dampfervorlage mit der Bestimmung an, daß ein niederländischer oder belgischer Hafen von den Schiffen angelaufen und daß bei einem andauernd höheren Gewinn die Subvention ermäßigt resp. der Höhergesellschaft die Verpflichtung höherer Leistungen auferlegt werden soll.

Berlin, 18. Jan. Die „Nationalzeitung“ erfährt, der Minister des Innern, Herrfurth, habe einen Erlaß an die Oberpräsidenten der Monarchie gerichtet, in dem er sie benachrichtigt, daß Seine Majestät der Kaiser bestimmte, Allerhöchstein Geburtstag dürfe durch die hergebrachten Festmahle gefeiert werden, jedoch ohne Musik und ohne daß die Trauerabzeichen abgelegt werden.

Dasselbe Blatt erachtet die Melbung als zutreffend, daß aus der Mitte der niederrheinischen und westfälischen Bergarbeiter das Verlangen einer Lohnerhöhung und einer achtstündigen Schicht, vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt gerechnet, gestellt worden seien. Die Verhandlungen befänden sich im ersten Stadium.

o Berlin, 18. Jan. (Privattelegramm.) Nach Meldungen hiesiger Blätter aus Sigmaringen ist die Fürstin Mutter von Holenzollern an der Influenza erkrankt; ihr Befinden ist indessen nicht unbefriedigend.

Berlin, 18. Jan. (Privattelegramm.) Aus Turin berichtet man telegraphisch der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“, daß die dortige Bevölkerung sich tief betrübt über die Krankheit des Herzogs von Aosta zeigt. Zahlreiche Gruppen umgeben beständig das Palais. Personen aus allen Ständen ziehen Erkundigungen nach dem Befinden des hohen Patienten ein, dessen Anverwandte das Krankenzimmer nicht verlassen. Alle auswärtigen Höfe richteten telegraphische Anfragen über das Befinden des Herzogs nach Turin.

Breslau, 18. Jan. Bei der Reichstagsersatzwahl im 4. Breslauer Wahlkreise (Namslau-Brig) ist Freiherr v. Saurma-Jelsch (deutschkonservativ) mit 5089 Stimmen gewählt worden. Goldschmidt-Berlin (deutschfreikünnig) erhielt 1640 Stimmen.

Die Wahl fand zum Ertrage des im Amte befinderten Abgeordneten Dr. von Heidebrand und der Lasa statt. Sie ist bemerkenswert durch den außerordentlichen Rückgang der deutschfreikünnigen Stimmen. Im Jahre 1887 hatte der konservativ-kartellandidat 9420, der deutschfreikünnige Kandidat 5297 Stimmen erhalten. Wenn die Wahlbetheiligung jetzt auch auf beiden Seiten sehr erheblich gegen die Abstimmung vom Frühjahr 1887 zurückblieb, so ist doch der Stimmenrückgang auf deutschfreikünniger Seite verhältnismäßig viel bedeutender als auf konservativer Seite. Die deutschfreikünnige Partei hat diesmal nur ungefähr ein Viertel aller abgegebenen Stimmen erhalten, und das in einem Wahlkreise, der nur zweimal seit dem Bestehen des Deutschen Reichs konservativ gewählt hat, dagegen bei den Wahlen von 1871, 1874, 1877 und 1881 zur Fortschrittspartei hielt.

Rom, 18. Jan. Der französische Botschafter am hiesigen Hofe, Mariani, ist infolge eines Nierleides von Bronchitis heute Mittag gestorben. (Mariani war seit dem 25. November 1888 in Rom akkreditirt.)

Turin, 18. Jan. Der Herzog von Aosta empfang

gestern Abend im Beisein seiner Gemahlin, sowie seiner Schwester, der Prinzessin Clotilde, seiner Kinder und des Herzogs von Genua auf eigenen Wunsch die Sterbesakramente. Kaiser Wilhelm erkundigte sich telegraphisch nach dem Befinden des Patienten. Das heute früh ausgegebene Bulletin besagte, daß nach einer sehr unruhigen Nacht leichte Symptome der Besserung vorhanden seien. Gestern Abend um 8 1/2 Uhr hatte ein Konzilium der Aerzte, an dem Professor Baccelli theilnahm, den Zustand des Kranken für sehr bedenklich erklärt.

Paris, 18. Jan. Es verlautet, die Regierung werde Anfangs Februar ein Budget vorlegen, in welchem die Herabsetzung der Grundsteuer und die Abänderung der Getränkesteuer und Zuckersteuer Platz findet.

Die Influenza nimmt hier stetig ab. Aus Nancy wird berichtet, daß der dortige Appellhof die Beurtheilung von vier Wahlagenten des Deputirten Picot, die wegen Bestechung der Wähler mit Geldstrafen belegt waren, bestätigte. (Picot war der siegreiche Gegenkandidat Jules Ferry's und gehört zu den Boulangeristen.)

Sofia, 18. Jan. Die städtische Behörde hatte entsprechend dem von der Sobranje beschlossenen Gesetz die Erhebung eines fünfprozentigen Eingangszolles auf eine Reihe bisher von Abgaben befreite Handelsartikel eingewirkt. Die Vertreter Frankreichs, Italiens und Oesterreich-Ungarns erhoben jedoch hiergegen Einspruch. Eine militärische Kommission ist zur Kontrolle der Fabrikation der für Bulgarien bestellten Mannlicher-Gewehre heute nach Steyer gereist.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 19. Jan. 8. Ab.-Vorst. „Die Zauberflöte“, Oper in 2 Akten, von Em. Schikaneder. Musik von W. A. Mozart. Sarastro: Herr Edner aus Wiesbaden zum Versuch. Anfang 6 Uhr.

Donnerstag, 23. Jan. 10. Ab.-Vorst. „Durch's Ohr“, Lustspiel in 3 Akten, von Jordan. — „Sie weint“, Lustspiel in 1 Akt (nach Bauermeister), von F. Sittich. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 24. Jan. 11. Ab.-Vorst. „Fra Diavolo“, komische Oper in 3 Aufzügen, von Eug. Scribe. Musik von Aubert. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, 26. Jan. 13. Ab.-Vorst. „Götter der Verklungen mit der eisernen Hand“, Schauspiel in 5 Akten, von Goethe. Nach der Heidelberger Handschrift. Anfang 6 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe, Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 12. Jan. Marie, B.: Gustav Bek, Maler. — 13. Jan. Karl Friedrich, B.: Karl Buch, Sattler und Tapezier. — Ernst Traugott Maximilian, B.: Max Schlegel, Dekorationsmaler. — 14. Jan. Ludwig Wilhelm, B.: Louis Reinfach, Mineralwasserfabrikant. — Hedwig Lina Marie, B.: Janas Weirich, Trompeter. — 15. Jan. Emilie Dorothea, B.: Karl Becker, Kleidermacher. — Max Richard, B.: Wilhelm Leibold, Assistent. — 16. Jan. Hugo Friedrich, B.: Friedrich Schäfer, Gastwirth. — 17. Jan. Kurt Robert, B.: Robert Jöhle, Architekt. — Geburten. 16. Jan. Anton Gust von Freilichheim, Tagelöhner hier, mit Ludwina Abendtschön von Freilichheim. — Karolus Brenble von Schaffhausen, Freier hier, mit Godeliva Schmidt von Neufay. — 17. Jan. Karl Armbruster von Singen, Wagner hier, mit Magdalena Braun von Kautenthal. — Eheschließungen. 18. Jan. Hermann Altmann von Burgeln, Feuerwerker hier, mit Marie Wittum von Pfaffenweiler. — Wilhelm Weber von Kälbershausen, Schuhmann hier, mit Josefa Wöcking von Untersteinweiler. — August Stolz von hier, Mechaniker hier, mit Frieda Vogelhang von Bremerhaven. — Adolf Duener von Dainbach, Diener hier, mit Luise Hofmann von Leinach. — Heinrich Bilsch von hier, Tischler hier, mit Emilie Bilsch von Söllingen. — Karl Möhrle von Dachsenbach, Metzger hier, mit Karoline Friedel von Rünbach. — Todesfälle. 17. Jan. Emilie, Ehefr. v. Kaufmann Karl Frohmüller, 27 J. — Karl, 1 J. 6 M. 27 T., B.: Otto Schmidt, Lokomotivführer. — Karoline, Ehefr. v. Kaufmann Albert v. Berg, 64 J. — Georg Schilling, Chem., Marmorarbeiter, 39 J. — Georg Rudolph, Chem., Metzger, 62 J. — Heinrich Jungmann, Chem., Steinbauer, 68 J.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Januar.	Barom. mm	Therm. in C.	Wind.	Relativer Feuchtigk. in %	Wolk.	Sonne.
17. Nachts 9 U.	756.8	+ 1.4	4.6	91	SB	bedeckt
18. Morgs. 7 U.	754.6	- 0.6	4.1	92	SE	—
18. Morgs. 2 U.	752.7	+ 3.2	4.1	71	S	klar

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 18. Jan. Morgs. 3.17 m gefallen 6 cm.

Uebersicht der Witterung vom 18. Januar, 8 Uhr Morgens. Die Depression im Nordwesten hat sich seit gestern unter Vertheilung ihrer Lage vertieft und hat, in den Kontinent hinein an Ausdehnung gewinnend, den hohen Druck nach Osten und Südosten hin verschoben. Das Wetter war jedoch am Morgen auf dem Festland noch vielfach heiter und neblig. Die Temperaturen lagen in Süd- und Mitteldeutschland meist unter dem Gefrierpunkt.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 18. Januar 1890.		Berlin.	
Staatspapiere.	Bankaktien.	Deherr. Kreditaktien	Staatsbahn
4 1/2% Deutsche Reichsbahn	107.30	119.75	109.80
4 1/2% Preuss. Anleihe	106.85	119.75	109.80
4 1/2% Baden in R.	104.25	119.75	109.80
4 1/2% Oesterr. Goldrente	94.80	119.75	109.80
4 1/2% Ungar. Goldrente	87.80	119.75	109.80
1880er Russen	94.20	119.75	109.80
II. Orientanleihe	70.40	119.75	109.80
Italienische comptant	94.20	119.75	109.80
Ägypter	94.20	119.75	109.80
Spanier	78.40	119.75	109.80
6 1/2% Serben	84.20	119.75	109.80
Banken.			
Kreditaktien	271.75	119.75	109.80
Disconto-Kommand.	247.40	119.75	109.80
Bailler Bankverein	168.90	119.75	109.80
Darmstädter Bank	178.75	119.75	109.80
6 1/2% Serb. Hypothek Obligationen	88.20	119.75	109.80

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garber in Karlsruhe.

Kunstgewerbliches Magazin von F. Mayer & Cie.

Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz.
Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystal, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen für Geschenke, Ausstellern, Hotel- und Hauseinrichtungen.

